

Sejm-Initiative will 2018 wählen

Bund und Länder sollen Geld für ein sorbisches Parlament geben, fordert die Gruppe.

Bautzen. Die Initiative Serbski Sejm fordert von der Bundesrepublik und den Ländern Sachsen und Brandenburg die Zahlung von 350 000 Euro. Diese Gelder will die Gruppe im Jahr 2018 für die Wahl eines sorbischen Parlaments einsetzen. In einem offenen Brief an die Bundesregierung und die beiden Landesregierungen beruft sich die Initiative auf das Völkerrecht. Nach ihrer Vorstellung ist der Rückgang der sorbischen Sprache und Kultur im Alltag vor allem auf das Fehlen demokratischer Strukturen zurückzuführen. Ihr Ziel ist daher die Schaffung einer Volksvertretung. Diese soll die Minderheit auf staatlicher und internationaler Ebene vertreten. Zudem soll das Parlament über Finanzen sowie über bildungs- und kulturpolitische Fragen entscheiden können. Die Stiftung für das sorbische Volk hatte einen Antrag der Gruppe auf Zahlung der 350 000 Euro vor Kurzem abgelehnt. Ihr Anliegen entspreche nicht dem Stiftungszweck, so die Begründung.

Alternativ schlägt die Sejm-Initiative vor, dass die kommunalen Meldeämter die Wahl unterstützen. Das Land Brandenburg hat dies nach Angaben der Gruppe bereits abgelehnt, da die Landesverfassung kein sorbisches Parlament vorsieht. Auch das sächsische Innenministerium hatte in der Vergangenheit auf die fehlende Rechtsgrundlage verwiesen. (SZ)